

Bürgergespräch mit Landrat Udo Witschas am 18.01.2024 in Rammenau (Region Bischofswerdaer Land) – eine Zusammenfassung

Beim Bürgergespräch „Auf ein Wort“ von Landrat Udo Witschas am Donnerstag, 18. Januar 2024, im Erbgericht Rammenau gab es viele Themen, die die Bürgerinnen und Bürger der Region Bischofswerdaer Land bewegten. Die Veranstaltung richtete sich an die Einwohnerinnen und Einwohner von Bischofswerda, Burkau, Demitz-Thumitz, Frankenthal, Großharthau, Rammenau und Schmölln-Putzkau. Wetterbedingt nutzten diesmal elf Besucher die Gelegenheit, mit Landrat Udo Witschas, seinen Beigeordneten und den Bürgermeistern ins Gespräch zu kommen.

Das waren die Themen

Zum Thema Jugend

Ein Bürger aus Bischofswerda stellte Fragen zur Lage der Jugend im Landkreis. Er selbst sei Lehrer an einem Berufsschulzentrum und habe in seiner Klasse eine Umfrage zur Zufriedenheit im Landkreis Bautzen, möglichen Verbesserungen aber auch zu positiver Rückmeldung durchgeführt. Kritisch blicken die Jugendlichen demnach auf Themen wie Sicherheit, Ärztemangel, Verkehrsinfrastruktur und Ausbildung. Aber es wurden auch positive Aspekte wie der Zusammenhalt in der Bevölkerung, gute Wanderwege und schöne Städte und Gemeinden betont. Landrat Udo Witschas betonte die Wichtigkeit des Dialogs mit den Jugendlichen und sieht diese als Spiegelbild der Gesellschaft. Er zeigte sich offen für einen Austausch. Er plant, persönlich im Berufsschulzentrum mit den Jugendlichen zu sprechen.

Zum Thema Schulnetzplanung

Ein Bürger thematisierte den Umstand, dass viele Berufsschulzentren im Landkreis Bautzen existieren, jedoch einige Berufe nach Görlitz verlagert wurden, was zu längeren Anfahrtswegen führt. Er wollte wissen, ob es eine Chance gibt, diese Problematik beim Freistaat anzusprechen.

Landrat Udo Witschas erklärte, dass die Verlagerung von Berufsschulen vor allem auch auf einen Mangel an Pädagogen zurückzuführen sei. Da es leider in Ballungsgebieten oft zu einer Konzentration von Berufsschulklassen komme und somit sowohl Schüler als auch Fachlehrer in dünner besiedelten Gebieten benachteiligt würden, sei diese Entscheidung durch die Landesregierung getroffen worden. So versuche man der Abwanderung von jungen Menschen aus ländlichen Regionen entgegenzuwirken. Bestimmte Berufe wie Bäcker und Friseure wurden bewusst in den ländlichen Raum verlagert, um die Ausbildung in diesen Bereichen zu erhalten.

Jörg Szewczyk, Erster Beigeordneter, ergänzte, dass für Berufsschulnetzplanung der Freistaat zuständig sei und die aktuelle Struktur in einigen Jahren evaluiert wird. Es könnte notwendig sein, die ein oder andere Entscheidung zu überdenken, insbesondere aufgrund von Unterschieden in der Nachfrage nach bestimmten Berufen in verschiedenen Regionen.

Zum Thema Straßen

Ein Einwohner schilderte langanhaltende Probleme mit der Verbindungsstraße S56 zwischen Frankenthal und Hauswalde und berichtete von frustrierenden Erfahrungen bei der Kontaktaufnahme mit verschiedenen Behörden. Der Zustand der Straße verschlechterte sich zunehmend, was nicht nur für Fahrzeuge, sondern auch für Radfahrer problematisch ist. Landrat Udo Witschas gibt an, dass der Landkreis für die Kreisstraßen zuständig sei und das Landesamt für Straßen und Verkehr für die Staatsstraßen. Er teilte mit, dass die Entscheidungen bezüglich Straßen in Absprache mit dem Freistaat getroffen werden.

Die Beigeordnete Dr. Romy Reinisch sagte zu, beim jährlichen Gespräch mit dem Landesamt nach dem Ausbauplan der Straße zu fragen und informiert über das System der Prioritätenkategorien für Staatsstraßen. Auch Janine Bansner, Bürgermeisterin der Gemeinde Frankenthal, bestätigte die Problematik, betonte jedoch, dass Oberflächenreparaturen an der Straße geplant seien. Die Straßenmeisterei des Landkreises haben ebenfalls bereits kleinere Reparaturen durchgeführt. Andreas Langhammer, Bürgermeister aus Rammenau, erklärte die Herausforderungen bei der Priorisierung der Straßen und wies darauf hin, dass es einfach zu viele schadhafte Straßen gebe.

Zum Thema Radwege

Ein Einwohner kritisierte fehlende Radwege in der Region um Bischofswerda, insbesondere das plötzliche Ende eines Radwegs in Goldbach. Dr. Holm Große, Oberbürgermeister von Bischofswerda, stimmte dem zu und berichtete von den langwierigen Prozessen bei der Planung von Radwegen. Er kritisierte die unzureichende Finanzierung durch den Freistaat und sieht die Notwendigkeit, Mobilität als zentrales Thema mit angemessener Finanzierung anzugehen. Er plädierte für eine gemeinsame Anstrengung und regte an, das Thema vor der Landtagswahl erneut zu diskutieren.

Zum Thema Kitaförderung und Schulessen

Ein Bürger aus Frankenthal äußerte sein Unverständnis über die ständigen Gebührenerhöhungen für Kitas und Schulspeisung. Er plädierte dafür, dass gesundes Mittagessen kostenlos zur Verfügung stehen sollte. Zudem fragt er nach den Möglichkeiten, neue Kitas zu bauen.

Landrat Udo Witschas erklärte, dass der Landkreis nicht für die Schulspeisung an Gemeindeschulen oder Kindergärten zuständig sei. Die Gesamtkosten stiegen aufgrund verschiedener Faktoren, darunter Energiekosten, leider überall. Die Finanzierung von Kitas sei eine komplexe Angelegenheit, bei der auch der Freistaat und die Gemeinden beteiligt seien. Der Erste Beigeordnete Jörg Szewczyk ergänzte, dass die Finanzierung von Kitas durch den Freistaat geregelt werde. Der Landkreis Bautzen sei verantwortlich für die Kitabedarfsplanung, die lediglich sicherstellen soll, dass ausreichend Kita-Plätze vorhanden seien. Der Oberbürgermeister von Bischofswerda, Dr. Holm Große betonte, dass die Kostenaufwüchse in vielen Bereichen, einschließlich der Kitas, zu immer mehr steigenden Gebühren führen. Die Kommunen seien mit steigenden Kosten konfrontiert, während der Freistaat sich nicht ausreichend beteilige.

Landrat Udo Witschas fügte hinzu, dass die Finanzierung von Bildungseinrichtungen eine grundlegende Herausforderung sei und die Kommunen unterfinanziert sind. Er betonte außerdem die begrenzten Möglichkeiten eines Landkreises, das Problem zu lösen, und wies auf die sinkenden Einnahmen aus der Kreisumlage hin, die die Städte und Gemeinden an den Landkreis zahlen. Er erläuterte außerdem die besondere finanzielle Situation des Landkreises und den drastischen Rückgang der Kreisumlage.

Zum Thema Schülerbeförderung

Ein Bürger aus Bischofswerda beklagte einen überfüllten Schulbus der Linie 748 von Frankenthal nach Bischofswerda - vor allem auf der Hinfahrt zur Schule am Morgen. Dr. Romy Reinisch teilte mit, dass das Landratsamt in Kontakt mit den Busunternehmen stehe, um das Problem des überfüllten Schulbusses zu klären. Sie wies jedoch auch darauf hin, dass der Landkreis veränderte Unterrichtszeiten, die durch den Lehrermangel entstünden, nicht allein durch Änderungen an dem von ihm beauftragten Schülerverkehr aufgefangen werden könnten. Der Landkreis kann den ÖPNV nicht unmittelbar beeinflussen, aber nach gemeinsamen Lösungen suchen. Bürgermeisterin Janine Bansner brach eine Lanze für den zuverlässigen Busanbieter und betonte die gute Zusammenarbeit.

Zum Thema Lehrermangel

Eine Bürgerin aus Rammenau berichtete über Probleme mit Lehrermangel an der weiterführenden Schule, an der ihre ältere Tochter unterrichtet wird. Landrat Udo Witschas erklärte, dass der Landkreis Träger einiger Schulen sei, aber die Bildung und Lehrerschaft der Zuständigkeit des Kultusministeriums unterliegen. Lehrkräfte seien beim Freistaat angestellt, und es gäbe landesweit Schwierigkeiten, genügend Lehrkräfte zu finden. In Sachsen gäbe es nur drei Regionen mit einem Lehrerüberschuss. Der Landrat betonte, dass der Landkreis versuche, ein attraktives Umfeld zu schaffen, um Pädagogen anzuziehen, aber der Einfluss auf die Lehrerbeschaffung sei begrenzt. Zudem verwies er auf die Ansiedlung der Referendarausbildung in Löbau, die nun auch für Oberschulen und Gymnasien an diesem Standort erfolge.

Abschluss

Landrat Udo Witschas schloss die Diskussion mit positiven Beispielen ab. Er hob die Ansiedlung des Deutschen Zentrums für Astrophysik, des Bauforschungszentrums LAB, der Bundeswehr und den Ausbau des Energieparks Schwarze Pumpe hervor. Zudem erwähnte er die Ansiedlungen und Erweiterungen großer Unternehmen im Landkreis wie Altech, TDDK und Trumpf. Er betonte ausdrücklich, dass es sich lohne, gemeinsam für diese Heimat zu arbeiten.

Impressum

Diese Information wurde erstellt durch das Büro des Landrates

Postanschrift: Landratsamt Bautzen, Bahnhofstraße 9, 02625 Bautzen

Telefon 03591 5251-80100

landrat@lra-bautzen.de

<https://www.landkreis-bautzen.de/landratsamt/organisation/buero-des-landrates/>